

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 28+32 – Situation der Dorschbestände in der Ostsee

Dazu sagt der landwirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Bernd Voß:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 333.21 / 29.10.2021

Wir dürfen unsere Fischerei nicht im Regen stehen lassen

Die Ziele der EU-Fischereipolitik sind auf den nachhaltigen Ertrag ausgerichtet, grenzübergreifend und basieren auf laufend fortgeschriebenen umfangreichen Fakten- und Daten. Es sind auch nicht das EU-Parlament oder die EU-Kommission, die die immer wieder überhöhten Quoten der verschiedenen Fischbestände verantworten, sondern die Regierungen der europäischen Länder mit ihren Beschlüssen und Kuhhandeln im Fischereirat.

Zur Dimension: Der Fischkonsum steigt. Über 80 Prozent der Fische werden weltweit importiert. Über 50 Prozent aus Aquakulturen, teils aus kritischen Herkünften. Der Frankfurter Flughafen ist der größte deutsche Fischereihafen. Im Gebiet der westlichen Ostsee mussten die Fangquoten für die Brotfische Dorsch und Hering von 2021 zu 2017 um 95 Prozent reduziert werden. Nach derzeitigen Kenntnissen auch mit wenig Hoffnung auf absehbare Erholung in den kommenden Jahren. Das könnte verheerende Auswirkungen auf die Berufsfischerei und auch Freizeitfischerei haben.

Während 1990 in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern noch 1300 Berufsfischer*innen unterwegs waren, waren es 2010 noch 650, derzeit sind es 400. Die Auswirkungen werden über die Fischer*innen hinaus gehen: Genossenschaftliche Unternehmen der Fischerei, verarbeitende Unternehmen, Kommunen, Tourismus, Gastronomie, etc.

Die Ursachen sind die jahrelange Überfischung, Umweltauswirkungen, aber auch der Klimawandel, der mit höheren Temperaturen die Grundlage für die Vermehrung der Fischpopulationen gefährdet. Ein weiteres Zeichen, dass der schnell fortschreitende Klimawandel zusätzlich das Artensterben beschleunigt. Um hier zu helfen, bedarf es mehrerer Ansätze.

Ein Weg mag die Abwrackprämie sein, sie funktioniert aber nur begrenzt. Weg ist weg; Fischer*innen und Fischereiunternehmen lassen sich nicht so einfach wieder aktivieren. Überbrückungshilfen wären hier vorübergehend anders zu bewerten. Es muss aber auch berücksichtigt werden, dass damit auch langfristig die Perspektive bei höheren Quoten weg ist. Natürlich ist eine kleine, aber nicht wirklich durchtragende Alternative die höhere Quote bei Scholle, Sprotte und Co. Dafür bedarf es aber auch eines ausreichenden Erzeuger*innenpreisniveaus. Freizeitfischerei wird auch Optionen jenseits des Dorsches erarbeiten müssen.

Es ist daher richtig, dass sich Schleswig-Holstein, gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern, dem Bund und der Unterstützung der Betroffenen zu einem runden Tisch zusammenfinden, um zeitnah Lösungen zu erarbeiten.

Die könnten sein: Eine gezielte Verwendung von mehr Mitteln aus dem Europäischen Meeres und Fischereifond, Überbrückungshilfen, eine gezielte Flottenreduzierung, die Unterstützung der Umorganisation der Unternehmen in den Häfen, eine Erarbeitung von Alternativen wie Dienstleistungen im wissenschaftlichen Bereich oder eine Stärkung der Vermarktungsposition.

Der runde Tisch wird an seinen zeitnahen Ergebnissen gemessen werden. Wir sollten daher heute auch den Antrag beschließen. Wir dürfen unsere Fischerei nicht im Regen stehen lassen.
